

gegeben hat, in denen er eine „Pluralität des politischen Systems“ fordert. Der Pluralismus erscheint hier wie auch bei anderen ideologischen Vertretern in unserem Nachbarland in einer nur leicht veränderten Fassung gegenüber den uns bekannten westdeutschen bürgerlichen Vorstellungen. Sein Wesen und sein Inhalt sind jedoch gleich, auch die Auswirkungen dieser Doktrin würden die gleichen sein, wenn nicht die vereinte sozialistische Kraft entgegenstände.

Wenn gefordert wird,¹ daß die gesellschaftliche Realität mit ihren Erfordernissen zur „Umwertung scheinbar selbstverständlicher Werte veranlaßt“, wofür die Macht des sozialistischen Staates zugunsten autonomer Bereiche für das Individuum, für Betriebe und andere Institutionen einzuschränken sei, so ist das schon deutlich genug. An die Stelle einer einheitlichen Machtausübung durch die von ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse solle die „Pluralität der Macht“ treten, eine (zunächst noch als „sozialistisch“ deklarierte) sozialistische „Verteilung der Macht“.

Allein diese wenigen Bemerkungen deuten schon auf ein ganzes Programm hin, allerdings auf ein höchst reaktionäres. Zunächst einmal wird ein Bruch mit der bisherigen Entwicklung verlangt, eine „Umwertung der Werte“. Nicht also die kontinuierliche Entwicklung des Sozialismus, sein notwendiges weiteres Wachstum, bildet Ausgangspunkt und Zielrichtung des Denkens, sondern der Bruch mit den sozialistischen Errungenschaften. Das drückt sich deutlich in der totalen Abwertung der bisherigen sozialistischen Entwicklung aus, in der Negierung aller sozialistischen Errungenschaften. Wenn jedoch das Verhältnis zur „eigenen sozialistischen Vergangenheit das der Ablehnung ist, dann wird damit die bourgeoise Vergangenheit und Gegenwart bejaht, wendet man sich vom Sozialismus ab. Damit wird eine zustimmende Haltung zum bürgerlichen Staat mit seinen Doktrinen eingenommen, er selbst wird zum Programm. Der Pluralismus, wie wir ihn aus den westdeutschen Quellen der Nachkriegszeit kennen, hatte die Bewahrung des bürgerlichen Staates, die Aufrechterhaltung — also die Kontinuität — bürgerlicher Existenz und damit die Ablehnung jeglicher Veränderung in Richtung einer demokratischen und sozialistischen Entwicklung zum Gegenstand. Die pluralistischen Forderungen, die heute von Ideologen in der CSSR erhoben werden, haben das gleiche Ziel: die ideologische Wegbereitung für die Organisation der Konterrevolution.

Das drückt sich auch in der Fetischisierung von Macht, Recht, Staat und Politik aus. Sie werden von der notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung abstrahiert, werden aus konkret-historischen zu zeitlosen Begriffen, zu nebelhaftem Begriffsspek. Sie verlieren ihren sozialistischen, durch die herrschende Arbeiterklasse geprägten Klasseninhalt. Es ist evident, daß auf diese Weise nicht mehr danach gefragt wird, welches die entscheidenden Klassenkräfte sind, von denen der gesellschaftliche Fortschritt getragen wird. Man wendet sich deshalb auch, der inneren Logik der „Pluralität“ folgend, von der „eindimensionalen Klasseneinteilung“ ab, verneint damit ausdrücklich die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, wirft sich mit der Lehre von der Stratifikation dem bürgerlichen Gruppismus und der bürgerlichen Mikrosoziologie in die Arme und träumt vom pluralistischen, dezentralisierten, sich selbst verwaltenden, spontanen freien Spiel der Kräfte. Mit dem Pluralismus ist deshalb die Wiedergeburt bürgerlichen Denkens auf der ganzen Linie verbunden.

Damit ist eigentlich alles gesagt. Längst Widerlegtes, längst erledigt Geblabtes, ad acta Gelegtes, erscheint da wieder auf der Bildfläche. Das sind